

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

71 (31.3.1950)

WUNSERTAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 2, 10, Fernruf Nr. 432 50. Redaktion: Mannheim, S. 2, 10, Fernruf Nr. 432 50. Chefredakteur: Hermann Jerrtrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 249. Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 48.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einwöchlich. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuzügl. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 277, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 430 33. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 2. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 71

Freitag, 31. März 1950

Preis 15 Pf.

Bonner Kabinett eine Regierung gegen das Volk

Genosse Fritz Rische rechnet im Bundestag bei der Generaldebatte zum Haushalt mit der Millionärs-Regierung ab

Bonn. (EB) „Die Adenauer-Regierung ist eine Regierung, die die Interessen des Volkes mißachtet, eine Regierung, die in keiner Weise den sozialen Belangen der werktätigen Menschen in Westdeutschland gerecht werden will.“ Dies erklärte der kommunistische Abgeordnete Fritz Rische in der Generaldebatte vor der Verabschiedung des Haushaltes der Adenauer-Regierung.

Fritz Rische setzte sich zu Anfang seiner Rede mit der Personalpolitik der Adenauer-Regierung auseinander, einer Personalpolitik die der rückwärtslosen Durchsetzung volkfeindlicher Maßnahmen dient. Es wird ein Verwaltungsinstrument geschaffen, das sich in den Händen der herrschenden Klasse befindet, um das Volk zu unterdrücken. Deshalb sei auch aus der ehemals für Bonn vorgesehene Zahl von 3000 Bediensteten die Summe von 6000 geworden. „Der geduldige Steuerzahler im Westen Deutschlands muß selbstverständlich alles zahlen,“ stellte Fritz Rische fest.

Das Versprechen zur Sparsamkeit, das von den Regierungsparteien im Wahlkampf so laut gegen die Verbürokratisierung verkündet wurde, ist einer Förderung der Aufblähung des Verwaltungsapparates gewichen. Bonn ist ein Faß ohne Boden. Dies wird von den geeulten Staatsbürgern in Westdeutschland bald erkannt werden.

Im Bundeshaushalt 1950-51 wird eine Etatsumme von 11 bis 12 Milliarden zu Buche stehen, die die Werktätigen vornehmlich aufzubringen haben. Schon heute geistert in den Büchern des Herrn Finanzministers ein Fehlbetrag von rund vier Milliarden herum. Das ist fast der Betrag, der im kommenden Etatjahr 1950 von der westdeutschen Bevölkerung an Besatzungskosten zur Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft der Hohen Kommission, einer Institution der amerikanischen Monopole, aufgebracht werden soll.

Die Folgen der „sozialen Marktwirtschaft“ Fritz Rische setzte sich dann mit der sogenannten sozialen Marktwirtschaft der Adenauer-Regierung auseinander, die weiter nichts ist als die Fortsetzung der „Frankfurter Wirtschaftspolitik“. „Schon zur Zeit der Frankfurter Wirtschaftspolitik gab es im Volke eine starke Opposition, die zum Generalstreik führte. Diese Frankfurter Wirtschaftspolitik ist immer verbunden mit der lächerlichen Komödie der damaligen Untersuchung der Speisekammern; sie ist aber auch verbunden mit der von deutschen Kräften unterstützten Durchführung der separaten Währungsreform. Sie ist auch auf das innigste verbunden mit der Politik des Marshallplans.“

Die Ergebnisse dieser Politik von Frankfurt und Bonn sind in den Krisenereignissen zu erkennen, die immer neue Industriezweige erfassen. Heute schon ist ein Absatzmangel als Folge der mangelnden Kaufkraft der werktätigen Menschen festzustellen. Die Wirtschaft stagniert und der Produktionsstand von 1938 ist in Westdeutschland, wo der Kern der ganzen deutschen Industrie liegt, nicht erreicht worden, sondern die Produktion geht zurück. Eine Millionennote der Arbeitslosen und Kurzarbeiter drückt auf den Wirtschaftsvorgang. Diese Millionenarmee ist das Symbol der Wirtschaftspolitik dieser Regierung.

Fritz Rische wies nach, daß trotz aller Beteuerungen des Arbeitsministers Storch die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland eine Dauerarbeitslosigkeit ist und wie am Studium der Dokumente der Adenauer-Regierung zu erkennen sei, von dieser selbst als Dauerarbeitslosigkeit proklamiert worden ist. Die „Wirtschaftstheoretiker“ der Regierungsparteien stellen dies als sogenannten „Gesundungsprozess“ der Wirtschaft dar.

Die Lage der Bauernschaft

„Dank der Liberalisierung des Herrn Vizekanzler und ERP-Marschall „Rückwärts“ ist es zu einer außerordentlich schwierigen Lage

der bäuerlichen Bevölkerung gekommen,“ sagte Fritz Rische. „Dies äußert sich darin daß vielerorts die Bauern nicht einmal mehr in der Lage sind, ihre Saat, die jetzt in die Erde geht, zu bezahlen, aus den normalen Betriebsergebnissen ihrer Arbeit, ihres bäuerlichen Anwesens zu bezahlen.“ Während den Vertretern der Großgesellschaften gleich ein Dutzend Syndikat zur Verfügung standen, um Stundungsanträge für die Soforthilfeabgabe zu stellen, haben sich die Bauern naturgemäß nicht dagegen wehren können, so daß bei ihnen eine unerhörte Empörung hervorgerufen wurde. „Im Zuge der Liberalisierung, besser gesagt Kolonialisierung der westdeutschen Wirtschaft ergibt es sich, daß die Landwirtschaft heute schon eine Überproduktion an Getreide, Fleisch und Gemüse besitzt. Dieser Widerspruch muß bei allen Menschen die Frage hervorrufen, wie ist es möglich, beim Vorhandensein großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten und des Hungers bei vielen Menschen, daß die eigene Landwirtschaft ihre Produkte nicht loswerden kann. Auch ein „Erfolg“ der Wirtschaftspolitik der Millionärsregierung.“

Hinter den vollen Schaufenstern in Westdeutschland versteckt sich der Pump und die Verschuldung. Diese Verschuldung hat heute bereits einen Grad erreicht, daß keiner mehr davon sprechen kann, daß die westdeutschen Regierungsbehörden in irgend einer Form Selbständigkeit zu beanspruchen vermögen. „Diese Verschuldung wird sich in Zukunft als ein Faustpfand jener Regierungen erweisen, die mit den deutschen Menschen, mit dem deutschen Territorium und mit der deutschen Industrie gegen die fortschrittlichen Völker Politik machen wollen,“ betont Fritz Rische.

Darüber hinaus müssen die deutschen Menschen an den verschiedensten Punkten einen Verweigerungskampf um die Erhaltung ihrer Produktionsstätten führen. In 18 Betrieben Westdeutschlands wird zurzeit demontiert, obwohl einige Betriebe gemäß dem Petersberger Abkommen von der Demontage ausgenommen sind. Fritz Rische erinnerte an die Demontage bei Thyssen und Krupp. Aber das größte Drama unserer Zeit, erklärte er, ist zweifellos der Kampf der Werktätigen von Watenstedt-Salzgitter um die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes. Die dramatischen Vorgänge in Watenstedt-Salzgitter haben uns zum wiederholten Male bewiesen, wie die Feinde des imperialistischen Volkes stehen, welche Politik die Imperialisten gegen das deutsche Volk durchführen. Nur weil die Betriebe der ehemaligen Reichswerke wenige Kilometer von der Zo-

nengrenze entfernt liegen, werden sie auf Befehl der britischen Besatzungsmächte im „kalten Krieg“ rücksichtslos in die Luft gesprengt. In Watenstedt-Salzgitter haben sich Sprengungszonen der um ihren Arbeitsplatz kämpfenden Menschen abgespielt. Was aber tat die Bundesregierung? Sie schickte ihren Arbeitsminister nach Watenstedt-Salzgitter, um dort die Situation einmal zu prüfen. Er kommt nach Bonn zurück und erklärt der Regierung: Die Unruhen in Watenstedt-Salzgitter sind darauf zurückzuführen, daß 250 in der Deutschen Demokratischen Republik ausgebildete Agenten dort unter den Arbeitern Unruhe stiften. Mit einer solchen lächerlichen Erklärung kann der Herr Bundesarbeitsminister doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Menschen in Watenstedt-Salzgitter wirklich um die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes kämpfen. „Ich will Ihnen die Wahrheit sagen, worum es dort geht. Es geht darum, daß man „im kalten Krieg“ einen Betrieb demontiert und in die Luft sprengt, der eben in die verschiedenen Pläne des Atlantik-Paktes nicht hineinpaßt. Das ist die eine Tatsache. Die zweite Tatsache besteht in der Fortsetzung der Politik der rücksichtslosen Konkurrenzdemontagen der englischen Industrieherrn, die um ihren Absatz kämpfen.“

Die dritte Tatsache betrifft eine deutsche (Fortsetzung auf Seite 2)

„Verteidigt die Einheit der Gewerkschaft!“

Aufruf des FDGB an die Werktätigen in Westdeutschland

Berlin. (E. B.) Mit dem Aufruf „Arbeiter! Gewerkschafts-Mitglieder in Westdeutschland! Verteidigt eure Gewerkschaften gegen Böcklers Spaltungspläne“, wendet sich der Bundesvorstand des FDGB an alle gewerkschaftlich organisierten Werktätigen in Westdeutschland.

„Warum wählte Dr. Böckler den jetzigen Zeitpunkt für seine Erklärung?“ wird in dem Aufruf gefragt und geantwortet: „Weil der Kampfeswille der Arbeiterschaft wächst, weil die Gewerkschafts-Mitglieder das Recht für sich fordern, selbst in ihren Gewerkschaften zu bestimmen, weil Betriebsräte wählen vor der Tür stehen und weil man die fortschrittlichen Kollegen aus den Gewerkschaften verdrängen will.“

Nicht Böckler und die amerikanischen Monopolkapitalisten dürfen die Politik eurer Gewerkschaften bestimmen. Ihr, die Mitglieder, habt allein das Recht dazu. Denn ihr seid die Gewerkschaften.“ Der Aufruf fordert die sofortige Zurücknahme aller bereits erfolgten Ausschüsse.

„Verteidigt die Einheit eurer Gewerkschaften!“ heißt es weiter in dem Aufruf, „Ihr könnt versichert sein, daß ihr in eurem Kampfe nicht allein seid, denn an eurer Seite stehen nicht nur die geeinte Kraft der 5 Millionen Gewerkschaftler des FDGB in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch die 78 Millionen Gewerkschaftler, die im Weltgewerkschaftsbund vereinigt sind.“

Kinder aus Watenstedt

werden in der DDR aufgenommen

Berlin. (EB) Die Belegschaft des Benzinwerkes Böhlen hat für 32 Kinder aus dem Demontagegebiet Watenstedt-Salzgitter Ferienplätze in ihren Erholungsheimen bereitgestellt. Für die Solidaritätsaktion der deutschen Werktätigen in Watenstedt-Salz-

gitter stellte das Werk über 3700 DM zur Verfügung.

Ein Dringlichkeitsantrag, der die Aufnahme von hundert Kindern aus Watenstedt-Salzgitter forderte, wurde vom Kreisrat des Mecklenburgischen Kreises Malchin einstimmig angenommen. Die Reisekosten werden vom Rat des Kreises getragen.

CDU-Aufruf zur Solidaritätsaktion für Watenstedt

Berlin. (EB) Der politische Ausschuss der CDU in der DDR gibt seiner Empörung über die auf britischen Befehl durchgeführte völkerrechtswidrige Demontage der Werks- und Hochofenanlage in Watenstedt-Salzgitter und über die Zerstörung von Hafenanlagen in Lübeck und Hamburg zum Ausdruck, heißt es in einer Stellungnahme des politischen Ausschusses der CDU in der Deutschen Demokratischen Republik. Er fordert alle Verbände der CDU und alle Mitglieder auf, sich an der Solidaritätsaktion für Watenstedt-Salzgitter mit allen Kräften zu beteiligen.

Ein Hohn auf die Schaffenden

Düsseldorf. (EB) Ein Abendkleid aus schwerer Seide für den Preis von 4200 DM,

wurde auf einer internationalen Modenschau in Düsseldorf vorgeführt.

Man kann nur dazu sagen, je größer das Elend im Kolonialstaat Westdeutschland wird um so größer wird auf der anderen Seite der Luxus. Die herrschenden Kreise verdienen genug, um den exklusivsten Launen fröhnen zu können. Ein Abendkleid für 4200 DM bedeutet die Lohnsumme eines Arbeiters von zwei Jahren. Man darf nicht anfangen, die Arbeitslosenunterstützung damit in Vergleich zu ziehen.

Neuer Wassereinbruch im Elb-Tunnel

Die Schuld der britischen „Probesprengungen“

Hamburg. (dpa) Im Hamburger Elbtunnel ist vom Dienstag- bis Mittwochmorgen die bisher größte Wassermenge seit den Probesprengungen am Trockendock „Elbe siebzehn“ eingestürzt. 11,5 cbm Wasser wurden gemessen.

Wie am Mittwoch bekanntgegeben wurde, war der nach den Probesprengungen zunächst beläufige Wassereintritt in den Tunnel zu Beginn dieser Woche auf täglich sechs bis sieben Kubikmeter zurückgegangen. Das wird damit erklärt, daß einige der undichten Stellen durch Sinkstoffe im Wasser verstopft wurden. Offen-

Aus dem Inhalt:

Um den Lastenausgleich muß gekämpft werden

Churchill - Adenauer und de Gaulle

Rechte SPD-Führer blasen Kriegslanare

„Fliegende Untertassen“

Produkt des Zauberstabes reaktionärer Propaganda

Es vergeht in letzter Zeit kein Tag mehr, an dem nicht von einem Dutzend Stellen aus aller Welt die mysteriösen Erscheinungen, genannt „fliegende Untertassen“ oder „Teller“ beobachtet worden sein sollen. Der Phantasie wird in der bürgerlichen Presse und am Radio freier Lauf gelassen. Vermutungen und sogar Rechnungen über „vom Mars und der Venus“ oder aber von einem „auf Krieg rüstenden Land“ kommend, werden angestellt. Der normale Mensch soll in Schrecken versetzt werden und den Krieg als unvermeidbar mit unheimlichem Gefühl bereits im Rücken fühlen.

Die Moskauer „Prawda“ äußerte sich nun auch zu diesem Thema. Sie meint ganz nüchtern, daß der Zauberstab der reaktionären Propaganda die „fliegenden Untertassen“ auftauchen läßt und stellt die Frage: „Wer kann aus diesen dummen Erfindungen Nutzen ziehen?“ Ihre Antwort lautet: „Niemand anders, als diejenigen, die die Kriegshysterie verbreiten wollen. Die „fliegenden Teller“ sind eines der Argumente, mit denen die aggressive Politik des anglo-amerikanischen Blocks gerechtfertigt werden soll.“

Erste Erfolge auf Hainan

Hongkong. (E. B.) Es sind kaum drei Tage her, als das „Hauptquartier“ der Tschiangkai-schek-Clique auf Formosa breit über einen Landungsversuch der volkdemokratischen Streitkräfte Chinas berichtete, über den behauptet wurde, daß er samt und sonders abgeschlagen, die Schiffe versenkt und die Soldaten restlos vernichtet worden seien. Jetzt mußte man sich begewen einzugestehen, daß die Landungen trotz des Einsatzes amerikanischer Bomber erfolgreich waren. Die gelandeten Truppen der Volksrepublik China haben bereits auf der Insel Hainan mit ihren Operationen begonnen und drei Städte, 80 Kilometer südwestlich des an der Nordspitze der Insel liegenden Hoiheu, eingenommen.

Truppen weigern sich

Djakarta. (Rdfr.) Größere Truppeneinheiten der Niederländischen Kolonialarmee weigerten sich, auf der Insel Ambon (Ostindonesien), weiterhin gegen das um seine Freiheit kämpfende indonesische Volk vorzugehen. Nach amtlichen Angaben soll es sich um mehrere tausend Mann aus der Niederländischen Armee handeln.

Frankfurts Marathonläufer beim Deutschlandtreffen

Frankfurt. (SVZ) Der mehrfache deutsche Marathonmeister Borna (FSV Frankfurt), teilte am Dienstag mit, daß er mit der gesamten Marathonmannschaft des FSV zu Pfingsten nach Berlin fährt, um an dem 25 km-Lauf „Quer durch Berlin“ teilzunehmen, der im Rahmen der großen sportlichen Veranstaltung anlässlich des Deutschlandtreffens der Jugend durchgeführt wird.

„Die Kriegsoffer sollen es wissen“

Bonn. (Eig. Bericht) Zahllose Protestresolutionen der Kriegsoffer gegen das am 2. Februar vom Bundestag beschlossene Kriegsofferversorgungsgesetz haben die KPD-Fraktion veranlaßt, in einer Broschüre einen genauen Ueberblick über das Zustandekommen dieses völlig unzureichenden Gesetzes zu geben. „Die Kriegsoffer sollen es wissen“, heißt es in der Einleitung der Druckschrift, „wie ihre berechtigten Forderungen behandelt wurden und gewisse Parteien, die ihnen im Wahlkampf gemachten Versprechungen in den Wind geschlagen haben.“

Unter Zugrundelegung von Originalprotokollen des Bundestages wird diese Behauptung nachgewiesen. Im Hinblick auf die schon mehrere Male verschobene endgültige Lösung der Versorgungsgesetzgebung ist es notwendig, daß jeder Kriegsgeschädigte diese Druckschrift studiert, um zu erkennen, wer die wahren Verfechter seiner Interessen sind.

Diese Druckschrift gehört in die Hände jedes Kriegsoffers. Sie kann von jedem Kriegsgeschädigten oder Hinterbliebenen oder von den Verbänden kostenlos bezogen werden. Wer eine Druckschrift wünscht, schreibt an die KPD-Fraktion des Bundestages, Bonn, Bundeshaus.

Im Streiflicht gesehen

Für Gestapospionier Baab wegen 56 Mordfällen lebenslänglich beantragt

Frankfurt. (EB) Oberstaatsanwalt Kosterlitz beantragte im Prozeß gegen den ehemaligen Gestapobeamten Heinrich Baab vor dem Frankfurter Schwurgericht wegen vollendeten Mordes in 56 Fällen lebenslängliches Zuchthaus und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Wegen Ausaggerpresung, Körperverletzung und Freiheitsberaubung in 114 erwiesenen Fällen hatte Kosterlitz vorher schon Einzelstrafen in einer Gesamthöhe von nahezu 250 Jahren Zuchthaus beantragt, die entsprechend den Strafgesetzbestimmungen zu 15 Jahren zusammengezogen wurden.

Unter dem Beifall der Zuhörer rief Kosterlitz aus: „Ich verurteile die Stunde, in der ich Jurist geworden bin, denn dann wußte ich, was ich ihm zudiktieren würde: die schlimmsten Folter des Mittelalters und die schrecklichsten Folter seiner eigenen Zeit.“

Zehn Menschen durch explodierendes Flakgeschloß schwer verletzt

Frankfurt. Im Frankfurter Stadtwald wurden sechs Waldarbeiter und vier Arbeiterinnen durch die Explosion eines Flakgeschosses zum Teil schwer verletzt. Das Flakgeschloß war unter einer Waldschneise verborgen, auf der die Waldarbeiter ein Feuer angezündet hatten.

Sich selbst des Mordes an KZ-Häftling bezichtigend

Mühlendorf. (dpa) Ein 21-jähriger Bäckersgehilfe aus Schlesien erstattete in Mühlendorf gegen sich selbst Anzeige wegen Mordes. Als 16-jähriger will er als Angehöriger einer SS-Division Ende April 1945 einen entwichenen KZ-Häftling holländischer Nationalität eigenmächtig erschossen haben.

Der dickste Mann Europas gestorben

Palermo. Der als „dickster Mann Europas“ be-

kannte Schuhmacher Rosario Mistretta aus Palermo starb am Dienstag im Alter von 47 Jahren. Rosario wog 210 Kilo. (Nach Reuter)

Dompteur von seinen Löwen zerrissen

Evesham (England). Vor den Augen der entsetzten Zuschauer wurde am Dienstag der Dompteur eines Wanderzirkusses in Evesham von seinen drei Löwen angefallen und zerrissen. Die Tiere zogen seinen Körper in einen fahrbaren Käfig, mit dem sie gerade aus der Manege gerollt werden sollten. (Nach Reuter)

Israelitisches Schiff gesunken

Neapel. Das 850 Tonnen große israelische Schiff „Mercur“ sank bei einem plötzlichen Sturm im Golf von Neapel. Nur 10 Mann der 100köpfigen Besatzung konnten gerettet werden. (N. Reuter)

Aufgeflogene Zigarettschmuggler

Stuttgart. (dpa) Beamte der amerikanischen Kriminalpolizei beschlagnahmten dieser Tage in Stuttgart 7500 Kartons mit ausländischen Zigaretten, die für 60 000 Mark verkauft werden sollten. Ein amerikanischer Soldat und fünf Ausländer wurden verhaftet. (Pressestimmen)

Amerikanische Politik in ganz Asien unbeliebt

Die Ankunft zweier amerikanischer Zerstörer im Hafen von Saigon wurde, wie dies von jedem Mann hätte vorher gesagt werden können, von feindlichen Demonstrationen begrüßt. Die amerikanische Politik in Asien ist heute so unbeliebt, daß die Ankunft ihrer Flotte oder ihrer militärischen Hilfe kaum irgendwo in Ostasien willkommen geheißen wird. Mit Ausnahme der Insel Formosa, von wo aus Tschiangkai-schek und sein Rumpfkabinett mit amerikanischen Flugzeugen die Bombardierung chinesischer Städte vorbereiten. (New Statesman and Nation, London)

ihres höheren Schadens weniger als die Empfänger von Unterhaltszuschüssen. Mit der Hausratshilfe ist es ähnlich. Von 40 250 Anträgen in Essen sind 14 000 berücksichtigt worden bei einer Auszahlungsquote von 150 DM.

Rudolf Kohl zitierte dann aus einem offenen Brief des Flüchtlingsverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern einige interessante Stellen. Es heißt unter anderem darin: „Ueberflüssig zu betonen, daß die Heimatvertriebenen und die unter das Soforthilfegesetz Fallenden bestimmt mit einem besseren Lastenausgleich zu rechnen hätten, wenn die Kommunisten ein entscheidendes Wort zu sagen hätten.“

Auch Herr Bundesfinanzminister Schäffer hatte in seiner Rede wieder einmal versucht, die Dementiermaschine der Adenauer-Regierung in Gang zu setzen. Er wollte damit einige seiner und seines Staatssekretärs Aeußerungen, die die Beerdigung des Lastenausgleichs ankündigten, ungesagt machen. Rudolf Kohl wies aber an Presseemendationen nach, daß diese Ankündigungen erfolglos sind. Das Finanzministerium wird den Großunternehmern, die im Krieg verdient haben und die seit der Währungsreform über 15 Milliarden investiert haben, auch dabei behilflich sein, vom Lastenausgleich verschont zu bleiben.

Rudolf Kohl verwahrte sich dagegen, daß man den Lastenausgleich auf diese Weise lösen wolle, ohne einen Eingriff in die Besitzverhältnisse und Substanz zu machen. Ohne die Durchführung einer Bodenreform und die Abschöpfung der Kriegs- und Währungsgewinne wird es keinen Lastenausgleich geben. Er las aus der britischen Zeitung „Die Welt“ einen Bericht vor, aus dem hervorgeht, daß der Staatssekretär des Finanzministeriums, Hartmann, in Lübeck den Großverdienern eine zweite, noch günstigere Steuerreform versprochen hat. Dies und der sogenannte Lastenausgleich des Finanzministeriums sollen bis Ende 1950 unter Dach und Fach gebracht werden.

Er gab dann einige interessante Statistiken aus der Stadt Essen bekannt, die deutlich illustrieren, wie es um die sogenannte Soforthilfe bestellt ist. Nach diesen Statistiken gelangten nur 35 Prozent der Unterhaltshilfempänger in den vollen Genuß der Soforthilfe. Bei 65 Prozent wird durch Bezug einer Sozial- oder Kriegsrente die Unterhaltshilfe gekürzt; davon erhielten 16 Prozent 30 Mark und mehr und 49 Prozent trotz

(Fortsetzung von Seite 1)

Angelegenheit," wandte sich Fritz Rische an die Regierung. "In den letzten Tagen wurde von hoher Stelle bekannt, daß die Adenauer-Regierung schon seit längerer Zeit von den Zerstörungen in Watenstedt-Salzgitter gewußt haben soll — dies wurde von General Robertson erklärt — und daß sie diese Zerstörung in Watenstedt-Salzgitter ruhig vor sich gehen lassen werde. Ich fordere die Regierung auf, zu dieser unerhörten Tatsache der Vernichtung eines ganzen Wirtschaftsgebietes in aller Offenheit Stellung zu nehmen. Das ganze deutsche Volk hat ein Recht darauf zu erfahren, wie die Regierung zu Watenstedt-Salzgitter steht und ob sie gewußt hat, daß die Reichswerke mit ihrem Wissen zerstört wurden. Wenn es stimmt, dann verstehe ich den Sinn jener Anträge nicht, die von der rechten Seite des Hauses gingen, um in Watenstedt-Salzgitter, im Gelände der ehemaligen Reichswerke neue Industrieanlagen zu errichten. Ich verstehe sie deshalb nicht, da mittlerweile mit Billigung der Bundesregierung die Fundamente, auf denen die neuen Industrieanlagen errichtet werden sollten, die die Rechtsparteien beantragten, in die Luft gejagt werden. Hier erwartet das ganze deutsche Volk eine Antwort."

Fritz Rische ging dann noch auf die mit Watenstedt-Salzgitter zusammenhängenden Verhaftungen der Landtagsabgeordneten Lehmann und Landwehr ein, die unter Bruch der Immunität erfolgten. An diesem Beispiel sei zu erkennen, wie die wahren Herren in Westdeutschland sind.

Die große Koalition der Ruhrbehörden Fritz Rische ging dann auf die Ruhrbehörde ein, in die auch deutsche Vertreter entsandt wurden. Es hat sich dabei eine nette Koalition ergeben: Der Herr Vizekanzler und ERP-Planer und der sozialdemokratische Gewerkschaftler Potthoff. Diese Ruhrbehörde hat heute neue Aufgaben erhalten. Sie wird nicht nur die Kontrolle von Kohle und Stahl für die Zukunft sichern, sondern sie bereitet vielmehr jetzt unmittelbar ihr administratives Eingreifen in alle Produktionsvorgänge vor. Zu dem Zweck soll die kombinierte Kohlenkontrolle in Essen und die kombinierte Stahlkontrolle in Düsseldorf in die Ruhrbehörde aufgehen, um damit eine stärkere Konzentration der Amerikaner auf die gesamte westdeutsche Industrie vorzunehmen, das heißt, eine stärkere Kontrolle und Beherrschung der Ruhrindustrie durch die amerikanischen Monopole zu sichern.

Zu einem zweiten Punkt des Petersberg-Abkommens, den deutschen Schiffsbau betreffend, erklärte Fritz Rische, daß kein Reeder bereit ist, Schiffe zu bauen, die nur 11 Knoten laufen, während andere Nationen solche mit 16 und mehr Knoten bauen. Jetzt bieten die Engländer ihre alten Aepelkähne an, und die Amerikaner verbieten sogar, daß Marshall-Gelder für den Bau von deutschen Schiffen verwendet werden dürfen.

(Wir setzen den Abdruck der Rede des Genossen Fritz Rische in unserer morgigen Ausgabe fort.)

Scelba gestellt

KP Italiens fordert Aufklärung über das Blutbad in Lentella

Rom. (E. B.) Aufklärung über das von der Scelba-Polizei in Lentella angerichtete Blutbad forderten die kommunistischen und sozialistischen Abgeordneten im italienischen Parlament. Der Innenminister will am Samstag zu den Protestklärungen der kommunistischen und sozialistischen Parteien gegen die von der Regierung beschlossenen außerordentlichen Maßnahmen Stellung nehmen.

Wie 60 Arbeiter verhaftet

Italienische Polizei hindert Werktätige an der Arbeitsaufnahme

Rom. (E. B.) Mit Karabinern und Maschinenpistolen ging ein starkes Kommando der italienischen Polizei am Mittwoch gegen die ausgesperrten Arbeiter einer chemischen Fabrik in Colferro bei Rom vor, um sie an der Wiederaufnahme der Arbeit zu hindern. 60 Arbeiter wurden verhaftet. Durch die Aussperrung sollen die Arbeiter gezwungen werden, ihre Forderung nach höheren Löhnen aufzugeben.



9. Fortsetzung

XVIII

In den letzten Jahren hat sich der Süden verändert. Es sind große Industriestädte entstanden. Livingstone und Natchez sind zwar noch patriarchalisch und romantisch. Birmingham aber erinnert schon an ein Industriezentrum des Nordens, es gibt dort dieselben Fabriken und die gleiche Hauptstraße. Washington hat keinen Grund den Süden herabzusetzen, denn auch im Süden gibt es genügend Komfort.

In Birmingham befinden sich große metallurgische Betriebe. Moderne Ausrüstung; unter den Arbeitern befinden sich viele Schwarze, und man glaubt auf einer Baumwollplantage zu sein — in den Südstaaten ist es gelungener, ultramoderne Maschinen mit der alten Sklaverei zu vereinigen. Die schwersten Arbeiten in den Fabriken müssen die Neger machen; sie dürfen nicht Gleise, Mechaniker oder Elektrotechniker sein. Ein ungelerner Negerarbeiter erhält in der Stunde fünfzehn Cents weniger als ein weißer ungelerner Arbeiter.

Der Rassismus ist in die Masse der Arbeiter eingedrungen; es gibt auch hier viele unwissende Menschen, die es zwar verstehen, einen Kühlschrank zu benutzen, die

Winston Churchill ist aus der Reserve herausgetreten, in der er persönlich sich gehalten hatte, letztlich, im britischen Unterhaus, bei der Debatte über die Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Er hatte sich damit begnügt, anzudeuten, was er wollte. Seine Parteigänger taten das übrige. Am Dienstag nun bezog Churchill sich auf die damalige Debatte:

„Ich wähle seinerzeit meine Worte sehr sorgfältig und werde sie heute keinesfalls verändern. Ich sagte nichts über die Wiederaufrüstung Deutschlands und über die Schaffung einer deutschen Armee.“ Er hat seine Worte nicht verändert; er hat etwas hinzugefügt, und zwar dies hier: „Aber ich sehe keinen Grund, warum die Deutschen nicht an der Verteidigung ihres eigenen Landes und Westeuropas mithelfen sollten, und warum nicht amerikanische, britische, französische und deutsche Soldaten als Teil eines gemeinsamen Verteidigungssystems zusammenstehen sollten.“

Also, das „deutsche Kontingent“ in einer „europäischen Armee“. So hat denn Dr. Adenauer den Gedanken Churchills formuliert und unserem Volk in deutscher Sprache mitgeteilt, bevor noch Churchill selbst ihn im Unterhause ausgesprochen hatte. Und Adenauers Vorschlag einer französisch-deutschen Union, der freudig begrüßt wurde durch General de Gaulle, das Werkzeug des Comitees des Forges, der französischen Kanonendonkonge? Was sagte Churchill dazu? Was zu Adenauer, was zu de Gaulle?

„Hier sehen zwei Männer den Weg, auf dem sie führen müssen“. Churchill betrachtet die Versöhnung zwischen den französischen Kanonendonkongen und den deutschen, den Industriearbeitern an Ruhr und Rhein und dem britischen Imperialismus als Dritten im Bunde als eine Voraussetzung zu dem Gelingen der Europa-Union, zu deren Hauptmatadore, zu deren Hauptinpeitschern er gehört.

Am selben Tage, da Churchill im Unter-

Wenn die Erklärung des SPD-Parteivorstandes zur deutschen Wiederaufrüstung gegen die Remilitarisierung gewesen wäre, dann hätte das ein guter Beitrag im Kampf gegen den Krieg sein können. Ein solcher Kampf entspräche auch dem Willen und dem Wollen der SPD-Mitglieder und -Wähler, die grundsätzlich Gegner des Krieges sind. Aber die rechte SPD-Führung ist kein grundsätzlicher Gegner des Überfalls auf die Sowjetunion, weil sie ihre „Grundsätze“ aus dem Lager des Imperialismus bezieht. Das beweist die „Erklärung zur deutschen Wiederaufrüstung“ selbst und ein Artikel von Ernst Tillich in der theoretischen Zeitschrift der SPD, „Das sozialistische Jahrhundert (Nr. 2 1950) — und das beweist auch die bisherige Politik des rechten SPD-Vorstandes, von der er sich nicht abwendet, sondern die er weitertreibt.

Zum Atlantikpakt, zum Marshallplan, zur „Waffenhilfe“ zur Spaltung Deutschlands haben diese „Sozialisten“ ihre Zustimmung gegeben. Sie lehnen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands nicht ab, obwohl sie wissen müssen, daß dadurch die Nazis und Militaristen wieder in Westdeutschland zur Macht kommen, alle demokratischen Rechte des Volkes beseitigen und ihren blutigen Terror ausüben würden. Die Auffassung, daß 30 Divisionen (der Vorschlag von Manteuffels) genügen könnten, um „die militärische Lage fundamental zu ändern“, das ist es, wogegen sie sich wenden. Die Stärke des Ostens, heißt das, könne „nur durch eine radikale Wiederaufrüstung Deutschlands“ überwunden werden. Wörtlich schreibt man:

„Daraus ergibt sich, daß die Lösung des europäischen Verteidigungsproblems vermittle eine deutsche Wiederaufrüstung nur möglich ist, wenn das Risiko einer vollen Wiederaufrüstung Deutschlands in Kauf genommen wird.“

Churchill - Adenauer und de Gaulle

Westdeutschlands Rolle in der Strategie der Kriegstreiber

haus sprach, billigten in der holländischen Residenzstadt den Haag die Stabschefs von elf Atlantikpaktstaaten unter amerikanischem Vorsitz einstimmig einen Fünfjahresplan zur „Verteidigung“ des „nordatlantischen Raumes“. Verteidigung sagen sie, wenn sie Krieg meinen.

„Associated-Press“, der großen amerikanischen Nachrichtenagentur zufolge, entfallen von den „Verteidigungsaufgaben“: die strategischen Bombenangriffe auf die USA, die taktischen Bombenangriffe auf England und Frankreich, die Marineaktionen auf die USA und die westliche Union. Und dann heißt es wörtlich:

„Das Landherr würde von verschiedenen europäischen Ländern gestellt werden.“ Da haben wir's, das Landherr; da haben wir die verschiedenen europäischen Länder. Eins davon ist in den Plänen der Atlantikpakt-Strategen und des Mr. Churchill Westdeutschland. Westdeutschland, der Separatstaat der Hohen Kommissare und ihres Eingeborenen-Verwalters, Dr. Adenauer, hat mehr Einwohner als irgendein anderes Land Westeuropas. Keines der zahlenmäßig großen Völker in Westeuropa denkt daran, sich dem Willen der Kriegsmacher zu fügen. Frankreich und Italien sind erfüllt von dem Kampf der Friedensfreunde. Die Massen des französischen und italienischen Volkes kämp-

fen in machtvollen, ihr ganzes Land umfassenden Aktionen für das größere Stück Brot, das ihnen die Kriegsvorbereiter streitig machen. Großartige Beispiele des Kampfes gegen die Organisatoren des Krieges erleben wir jetzt gerade in Holland, aus Anlaß der Tagung der militärischen Führer der Atlantikpakt-Staaten in der Residenzstadt Den Haag.

Die Kriegstreiber in aller Welt und Winston Churchill unter ihnen, setzen ihre Hoffnungen auf die Jugend im Westen unseres Vaterlandes. Sie hat sich von Hitler mißbrauchen lassen, sechs Jahre lang in dem furchtbarsten Kriege, den es jemals gab. Der Geist des Antisowjetismus, des Antikommunismus wird in Westdeutschland kultiviert, wie nirgendwo anders in Europa. Parteien mit Massenanhänger, die SPD, und die CDU, haben ihn zu ihrer Spezialität entwickelt. Und jetzt kommt Churchill und sagt den jungen Menschen in Westdeutschland, sie sollen an der „Verteidigung Westdeutschlands und Westeuropas“ mitwirken. An der „Verteidigung“ gegen wen? An der Verteidigung gegen das Besatzungsstatut und den Marshallplan, die Westdeutschland zu einer Kolonie machen? Aus diesem Zustand gerade wollen Churchill und die Seinen den großen Nutzen ziehen. Unsere Jungen sollen in das „deutsche Kontingent“ der „europäischen Armee“, etwa wie

Regimenter von Senegalesen der französischen Armee im ersten Weltkrieg angehört. Hier fehlt es dem General de Gaulle nicht an Erfahrung. Und Churchill auch nicht, der an indische Regimenter im Verbands britischer Heereskörper gedacht haben mag.

Wir kämpfen für die Befreiung der Kolonialvölker, weil dann erst ihre hohen Gaben sich entwickeln werden. Aber weil viele Deutschen sich unter einem Kolonialsklaven sich nichts anderes vorstellen können, als einen Menschen von dunkler Hautfarbe, deshalb wählen wir dieses Beispiel. Heute sind uns Sklavendienste zugeordnet. Als Sklaven sollen die jungen Deutschen Waffen führen.

Für die nationale Befreiung kämpfen, für die Einheit unseres Vaterlandes in einer einheitlichen, deutschen, demokratischen Republik kämpfen, bedeutet den Frieden verteidigen. Churchills Vorschläge sind ein Teil der Bemühungen der imperialistischen Mächte, ihre eigene Uneinigkeit zu überwinden. Sie sind nicht ein Ausdruck der Stärke des imperialistischen Lagers der Kriegstreiber. Nicht weniger gefährlich sind sie deshalb für uns. Wenn wir in Westdeutschland, indem wir die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes verteidigen, uns in das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus begeben, an dessen Spitze als größte Friedensmacht die Sowjetunion steht, dann werden wir unseren wichtigsten Beitrag zur Verteidigung des Friedens und für eine glückliche Zukunft unseres Volkes geleistet haben. I. H.

Aufstieg nach Ausschaltung der Monopolisten

Josef Orlopp über die wirtschaftliche Stärke der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin. (EB) Der Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik aus eigener Kraft und ohne kapitalistische Verschuldung sei nirgends besser zum Ausdruck gekommen, als auf der diesjährigen Leipziger Messe. Auch aus der Zeit der Weimarer Republik werde sich kaum eine in Leipzig veranstaltete Messe finden, die sich mit der des Jahres 1950 vergleichen kann, erklärte der Leiter der Abteilung Innenhan-

del beim Ministerium für Handel und Versorgung, Orlopp, am Mittwoch in einer wirtschaftlichen Konferenz des FDGB Großberlin.

Orlopp teilte mit, daß in Leipzig Außenhandelsumsätze in Höhe von 118 Millionen D-Mark erzielt worden seien, von denen 35,2 Millionen auf westdeutsche Käufer entfallen. Die westdeutschen Aufträge seien bereits sämtlich mit Zahlungsanweisungen

der westdeutschen Verwaltung versehen. Da auch die Deutsche Demokratische Republik keinen Lieferschwierigkeiten gegenüberstehe, könnten diese Umsätze als absolut real angesehen werden. Orlopp sprach die Hoffnung aus, daß auch ausländische Regierungen Einfuhrgenehmigungen erteilen werden.

Die gesamte in- und ausländische Presse habe die diesjährige Leipziger Messe als ein wirtschaftliches Ereignis ersten Ranges anerkannt. Aus der gehässigen Herabsetzung der Westberliner Presse könne geschlossen werden, daß deren Stimme nicht die Meinung Westdeutschlands und des Auslandes darstelle. Für einen planvollen deutschen Außenhandel sei die Leipziger Messe mehr denn je ein Mittel zur Exportförderung geworden. Leipzig sei wieder der Platz, an dem die abgeschlossenen Handelsverträge realisiert werden.

Britische Kommunistenfurcht

London. (E. B.) Die durch den „unamerikanischen Ausschuss“ und die Kriegstreiber in den USA verbreitete hysterische Angst vor den Kommunisten hat auch auf Britanien übergegriffen. Der berühmte Deutschlandhasser Vansittart scheint die Vorarbeiten für einen Ausschuss „unenglischer Umtriebe“ sich zur Aufgabe gestellt zu haben. Das Ernährungs-, Erziehungs- und Gesundheitsministerium betrachtet er als mit Kommunisten durchsetzt. Selbst bei der Admiralität und im Kriegsministerium sei es nicht geheuer. Er hielt es für notwendig, ausdrücklich die Regierung zu warnen.

Wir glauben nicht, daß die reaktionären Politiker vom Schlage eines Vansittarts selbst der Hysterie verfallen sind. In eiseltaler Berechnung aber wollen sie das Volk in die Hysterie treiben, damit es ihnen bei der Durchführung ihrer Kriegspläne willenloses Objekt wird.

Eisenhower ist es nicht genug

Washington. (Rdkf. u. EB) General Eisenhower, der neben Churchill am zielbewußtesten zum Kriege gegen die Sowjetunion hetzt, ist der mehr als 20 Milliarden Dollar betragende Aufwand der USA für Kriegsvorbereitung noch nicht hoch genug. Vor dem Bewilligungsausschuss des US-Senats glaubte er, trotz dieser Riesenausgaben, vor einer „übertriebenen Sparsamkeit“ warnen zu müssen.

Rechte SPD-Führer blasen Kriegsfanfare

Der SPD-Vorstand will „radikale Wiederaufrüstung Deutschlands“

Diesen Kurs des SPD-Vorstandes versucht Ernst Tillich in „Das sozialistische Jahrhundert“ theoretisch zu begründen. Dort wird unverblümt die Forderung erhoben, von der offenen Kriegshetze, die man ja schon länger trieb, zur praktischen Durchführung der Remilitarisierung Westdeutschlands mit dem offen ausgesprochenen Ziel, einen militärischen Angriff gegen den Osten vorzubereiten, überzugehen. Zunächst versucht Tillich für die deutschen Berufssoldaten in Westdeutschland bis zu den Generalstabern hinauf, eine Lanze zu brechen, um schließlich dumm dreist die Frage zu stellen: „Warum keine Remilitarisierung?“ Er weiß, daß die Westmächte die Wiederaufrüstung Westdeutschlands nicht grundsätzlich ablehnen, sondern sie nur verschoben haben, um „die Zeit reifen“ zu lassen. In der „Erklärung“ der SPD kommt man zu der klaren Feststellung, daß es

„als beinahe sicher angenommen werden kann, daß Rußland nicht die Absicht hat, Europa innerhalb der nächsten Jahre anzugreifen.“

Diesen Standpunkt kann Tillich natürlich nicht für seine Kriegshetze brauchen. Darum behauptet er:

„Der Kommunismus ist aggressiv; ich bin es nicht weniger, und ich glaube, wir alle sollten es sein.“

Nach solchem offenkundigen „Bekennnis“ kann dann Tillich zu dem Schluß kommen:

„Damit ist die Frage der Remilitarisierung Deutschlands zu einer klaren und unüberhörbaren Alternativfrage geworden: entweder demokratische Befreiung der Ostzone oder Remilitarisierung ganz Deutschlands.“

Nun, das ist deutlich, die „demokratische Befreiung“, die dieser „Theoretiker“ des rechten SPD-Vorstandes sich ausgedacht

hat, bedeutet die Ausdehnung der Herrschaft der Hohen Kommissare über das ganze Deutschland. Freiwillig sollen die ehemaligen Flüchtlinge und Landarbeiter den durch die demokratische Bodenreform gewonnenen Boden wieder in die Hand der Junker zurückgeben, freiwillig sollen die Arbeiter in den Betrieben das schwer erkämpfte Mitbestimmungsrecht wieder aufgeben, freiwillig sollen die volkseigenen Betriebe an die Kriegsvorbereiter zurückgegeben werden und freiwillig sollen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sich der Finanzdikatur amerikanischer Monopolgewaltiger unterwerfen. Das nennt Tillich „demokratische Befreiung“ und wer sie nicht will, gegen den muß man rüsten und den Krieg führen, sagt Tillich, ein Theoretiker des rechten SPD-Vorstandes.

Daß sie die Kriegsfanfare blasen, die Vertreter der rechten Politik in der SPD, ist nichts neues. Das Wort „Berlin ist ein Krieg wert“ prägte ja gerade eine sozialdemokratische Zeitung und der Vorsitzende des SPD-Vorstandes Dr. Schumacher forderte von den Alliierten den Einsatz von Panzern gegen das Friedentreffen der deutschen Jugend Pfingsten in Berlin.

Verraten und verkauft werden die Werktätigen Westdeutschlands sein, wenn sie ihre friedliche Zukunft nicht mit eigener Hand, aus eigener Kraft erkämpfen. Vor allem aber sollten die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre ihre Verantwortung vor dem deutschen Volk erkennen. Sie müssen sich abwenden von der Politik ihrer rechten Führung und sich in die Front der Kämpfer für den Frieden einreihen. Überall müssen Komitees der Kämpfer für den Frieden geschaffen werden und überall muß am 9. April die Sammlung von Unterschriften für den Frieden beginnen. E. M.

ausgestoßen. Ich machte einen Besuch bei einem Neger; er war der Vorsitzende der „Schwarzen Sektion“, einer fortschrittlichen Gewerkschaft, ein mutiger und gescheiter Mensch. Mich setzte an ihm die Weisheit, die der Mensch in den Jahren des Leidens und des Kampfes erringt, in Erstaunen. Es ist ihm vor kurzem gelungen, die Neger der Gewerkschaft anzuschließen. Ich fragte ihn, wie seine Beziehungen zu den weißen Kameraden sind. Er antwortete: „Während der Arbeit gut.“ — „Besuchen Sie sie manchmal?“ — „Nein!“ — „Werden Sie von den weißen Kameraden besucht?“ — „Niemand!“

XIX

Nach der Verfassung der Vereinigten Staaten besitzen alle Bürger und Bürgerinnen, ganz gleich welcher Rasse sie angehören, das Wahlrecht. Den Negern der Südstaaten jedoch wird die Stimme entzogen. Der Staat Alabama hat drei Millionen Einwohner, davon sind 1,1 Millionen Neger. 496 000 Wahlberechtigte sind Weiße und nur 4000 sind Neger über 21 Jahre, aber in die Wählerlisten sind nur 1400 eingetragen — von hundert Wahlberechtigten darf nur einer wählen. Im Staate Mississippi besteht die Hälfte der Bevölkerung aus Negern, aber die Hälfte der Bevölkerung dieses Staates besitzt kein Stimmrecht.

Und wie umgehen nun die Südstaaten die Verfassung der Föderation? Es gibt eine ganze Anzahl derartiger Methoden. Erstens: die Steuer, die die Wählenden zahlen müssen. Die Neger im Süden sind bettelarm; für sie sind selbst ein paar Dollar ein Vermögen. Ein Neger bat uns, ihn in die Nordstaaten mitzunehmen — er träumte seit vielen Jahren von Harlem wie von einem Paradies, und er weiß, daß er niemals so viel Geld zusammenbringen kann, um eine Eisenbahnfahrkarte kaufen zu können. Wie sollte er da denn noch Wählersteuer entrichten können? Außer der Steuer gibt es Prüfungen: der Wähler muß die „Verfassung

verstehen“. Es ist wohl klar, daß alle Prüfer, die Anhänger des Rassismus sind, in der Prüfung alle Neger durchfallen lassen. So wird erzählt, daß die Prüfer einmal einem Neger — einem Professor — verschiedene Dokumente vorlegten und ihn aufforderten, sie „auszulegen“. Dann gab ihm der „Examinator“ eine Zeitung in chinesischer Sprache. „Können Sie lesen, was da geschrieben ist?“ Der Professor antwortete: „Hier steht geschrieben, daß Sie die Neger niemals an die Wahlurnen lassen werden.“ Hat aber der Neger die Steuern bezahlt und auch die Prüfung bestanden, so werden es die Hüter der Sklaverei doch verstehen, den ungebildeten Wähler mit guten Knütteln das Wählen abzugewöhnen. Man kann wohl sagen, daß sie es im Süden gut verstehen, die Verfassung „auszulegen!“

Die Verfechter der Rassendiskriminierung sagen: „Man darf den Negern die Gleichberechtigung nicht geben, weil die Neger ohne Kultur sind.“ Aber die Rassisten tun wirklich alles, um den Negern jede Bildungsmöglichkeit zu entziehen. Bill Benediktowitch Nelson sprach in New York oft über den Stand der Volksbildung mit mir — erzählte mir viel: „Bis zum sechzehnten Lebensjahre sind alle Amerikaner verpflichtet, die Schule zu besuchen.“ ... Aber im Staate Mississippi sprach Bill Benediktowitch nicht mehr von Volksbildung. Wir sahen junge Menschen, die weder lesen noch schreiben konnten, und wir sahen auch schwarze Kinder, die niemals eine Schule gesehen hatten, denn seit frühesten Jugend kennen sie nur eins — schwer arbeiten.

Man kann nicht sagen, daß die Sklavenshalter Verteidiger der Kultur für die weiße Rasse sind — sie ziehen die Knute der Felleiher. Im Staate Mississippi sind die Lehrer bettelarm, sie bekommen jährlich sechshundert Dollar Gehalt. Die schwarzen Lehrer jedoch, die die Schwarzen unterrichten, sind nicht nur bettelarm, sondern sie müssen sich auch noch Erniedrigungen von den Weißen gefallen lassen. Wenn ein weißer Inspektor eine Schule für Schwarze besucht, so ruft

er den Lehrer beim Vornamen. „Eh, Bill! ... He, John...!“ Auch dann, wenn der Lehrer fünfzig und der Inspektor funfundzwanzig Jahre alt ist. Und der schwarze Lehrer ist verpflichtet, dem Weißen zu antworten: „Zu Befehl, Mister Smith!“ ...

Im Staate Alabama wurden sämtliche Mittel, die für Zwecke der Volksbildung zur Verfügung standen, für die Weißen verwendet. Um das Gewissen zu erleichtern, wurde der Negerprofessor gerufen und ihm erklärt: Das Budget ist beschränkt, das Geld ist verbraucht. Sie werden ohne Geld auskommen müssen...“ Der Neger antwortete weise: „Sie haben recht, die Weißen hier brauchen Bildung notwendiger.“

Im Süden begegnete ich vielen gebildeten Negern — Gelehrten, Schriftstellern, Aerzten, Lehrern und Rechtsanwältinnen. Man muß besonders betonen, daß in den Südstaaten wo es zu viele verwilderte Weiße mit Diplomen gibt, diese kultivierten Neger als helle Flecke erscheinen? Ich besuchte die Redaktionen der Negerzeitungen, in denen Enthusiasten, die in jeder Stunde von Gewalt bedroht sind, die Menschenrechte verteidigten.

In der Privatuniversität Fisk hören siebenhundert Studenten — Neger und Negerinnen. Sie wollen Aerzte, Lehrer und Rechtsanwältinnen werden, aber sie werden nur Neger behandeln, nur schwarze Kinder unterrichten und nur dann vor Gericht stehen dürfen, wenn ein „Farbiger“ abgeurteilt wird. Negerprofessoren dürfen keine öffentlichen Bibliotheken betreten. Professor Bredy, ein bekannter Chemiker, erzählte mir, daß er im Laboratorium der Staatsuniversität nicht arbeiten darf, n. der Universität Fisk verbrachte ich einige wunderschöne Stunden; ich sah Jugend, die die Wahrheit sucht. Dort studiert ein junges Mädchen; sie spricht russisch, denn sie ist eine Halbbrüssin — ihre Mutter stammt aus Odessa, ihr Vater ist ein Neger. Sie hat eine helle Hautfarbe und sieht einer Negerin nicht ähnlich; aber in ihrem Paß steht, daß sie eine „Farbige“ ist; ihr sind alle Türen verschlossen.

Die „Tagespost“ die, wie wir hören, in den nächsten Tagen das Zeitliche segnen wird, bringt unter ihrer stetigen Rubrik „Wovon man spricht“ endlich mal etwas Erheiterndes. Sozusagen eine schaurig-schöne Ballade die von einem kleinen reisenden Ritter handelt, dessen Abenteuer, hätten sie nicht in der Zerreißung Deutschlands ihren unerfreulichen Hintergrund, an den Don Quixote von Cervantes erinnern würden.

Macht sich doch dieser kleine Mann begleitet von seinen getreuen Reisigen gen Mannheim auf, um dort gegen einen anderen Ritter von derselben traurigen Gestalt zu kämpfen. „Hi Altbad“ — „Hi Südweststaat“, lauteten ihre Kampfrufe, die sie sich in Mannheimer Saal des Rosengartens entgegenschmetteten. Die meisten Mannheimer dachten allerdings „Hi Deutschland“ und blieben zu Hause.

Da wir über diese heuchlerische Kundgebung schon in einer der letzten Nummern berichtet, wollen wir uns doch lieber wieder dem Leib- und Magenblatt unseres Staatspräsidenten zuwenden. Wie wir daraus erfahren, gibt es doch Menschen die ein echtes badisches Herz haben. Da stehen doch in Mannheim diese Helden hin und überreichen unserem Staatspräsidenten sorgsam ausgewählte gelbe und rote Rosen, man beachte die liebevolle Farbwahl und schmettern anschließend in den Saal: „Wir bleiben badisch bis in den Tod“.

Herr Wohlleb klebt nicht am Präsidentenstühlen, erfahren wir weiter aus der Tagespost. „Ich muß nicht Staatspräsident sein“, erklärte schlicht der kleine Mann. (Anm.: Wir sind genau der gleichen Meinung.) „Die Triebfeder seines Handelns ist tatsächlich nur die Liebe zu Baden“, belehrt uns das Blättchen und fährt fort, daß der Staatspräsident so schwachsinnig sei, „daß er sich vor lauter Schwachsinnigkeit bis zum letzten für Baden einsetzt“. Wie wir weiter lesen, hofft er noch mehr solche Schwachsinnige zu finden. Nun, jeder blamiert sich wie er kann. Aber jetzt erst wird die Sache interessant. Nun zieht ein neuer Kämpfe, und zwar Dr. Wirth vom Leder. Er war einmal Reichskanzler. Es ist allerdings schon lange her, aber sein anrüchiger Ruhm überdauerte die Jahrzehnte.

Dr. Wirth läßt die Katze aus dem Sack. Wie die Tagespost schreibt, war er direkt vom französischen Gouverneur Pene autorisiert (uns bleibt die Spucke weg) dem Franzosenschreck ein Ende zu machen. Er durfte nämlich den staunenden Mannheimern erklären, daß die Franzosen keineswegs daran dächten Südbaden zu annektieren und aus ihm einen „Saarstaat“ zu machen. Sie würden auch keine Ansprüche auf Nordbaden stellen. Welch eine Beruhigung!

Da, wie oben gesagt, die „Tagespost“ demnächst aufhört zu existieren möchten wir, unsere Leser werden das verstehen, pietätvoll wie wir sind, uns jeglichen Kommentaren über die geistige Qualität bestimmter Leute enthalten.

Erwerbslose des Kreises Lahr!
Lahr. Am Freitag, den 31. März 1950 um 15 Uhr findet im Plugsaal in Lahr eine Erwerbslosen-Kreisversammlung statt. Der Wichtigkeit halber ist das Erscheinen unbedingt erforderlich.

Schutz der Felder und Gärten
Rastatt. Auf Grund des § 2 Abs. 1 der Verordnung des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 10. August 1939 (GVO. B. S. 177) hat das Landratsamt zum Schutze der Frühjahrsaussaaten vor Taubenfraß für das Gebiet des Landkreises Rastatt und der Stadt Rastatt angeordnet, daß die Tauben ab sofort bis 20. April 1950 einzusperren sind.

Alte Sambasocken und zerstückelte Kravatten

Mit Wohlfahrtsaktionen kann das Elend der notleidenden Bevölkerung nicht behoben werden

Rastatt. Vorgestern gliederten wir den Lindauer Stadtrat, heute erfahren wir aus Rastatt, daß dort die gleichen Schildbürgerstreich gepland sind. Nur sind es diesmal keine Streichhölzer, durch deren Verkauf man glaubt, Wohnungen bauen zu können, sondern Briefverschlusmarken. Zwei Pfennige sollen diese „Bauhelfer“ kosten. Ueberhaupt kamen auf einer Pressekonferenz, die am 27. 3. vom Rastatter OB einberufen worden war, noch einige andere solcher Mäzchen zur Sprache. Der untragbaren Not der Rastatter Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten und Rentner glaubt man durch Kleider-sammlungen unseligen Naziliedgedenks beikommen zu können. Gesammelt soll alles werden. Ob zerissen oder ganz spiele gar keine Rolle, erklärte großzügig der Rastatter Oberbürgermeister. Es ist natürlich klar, daß die Bedürftigen sich riesig über die alten Sambasocken und die für Faschingszwecke zerstückelten Kravatten freuen werden. Vielleicht werden auch einige Hosen abgeliefert, die den Rastatter Wohnungsgewinnlern zu eng geworden sind.

Spekulationen mit Briefmarken
In seinen weiteren Ausführungen vor der

FDJ Freiburg braucht noch Quartiere für Samstag!

Freiburg. Für das kommende Wochenende werden von der FDJ Freiburg noch eine größere Zahl Quartiere in der Stadt Freiburg gesucht. Der 1. und 2. April vereint in Freiburg Delegierte der FDJ aus Südbaden zu einer wichtigen Konferenz, in deren Mittelpunkt das Deutschlandtreffen zu Pfingsten stehen wird. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Konferenz wird die Freiburg-Bezirksleitung herzlich aufgefordert, für eine Nacht Schlafstellen zur Verfügung zu stellen. Vor allem die Leser unserer Zeitung werden auf diesem Wege ersucht, den Mitgliedern der Freien Deutschen Jugend die Möglichkeit zu geben, ihre Delegierte für eine Nacht unterzubringen. Meldungen nehmen entgegen: FDJ-Kreisvorstand (H. Schmidt), Klarast. 62 im Stühlinger, FDJ-Kreisvorstand (H. Schäfer), Sedanstraße 20 am Stadttheater, sowie die Zeitungsträger UNSER TAG und die Redaktion in der Vaubanstraße 12 am Bahnhof. Selbstverständlich können die Anmeldungen auch schriftlich erfolgen.

Im Geiste ihrer Amtsvorgänger

Innenministerium unterstützt Ansprüche der Naziprominenten

Rastatt. Wie wir aus einer nichtöffentlichen Sitzung des Rastatter Stadtrates erfahren, hat es den ehemaligen Nazi-Bürgermeister Hein nicht ruhen lassen, die Bemühungen um seine Pensions-Ansprüche fortzusetzen. Nachdem der Stadtrat schon vor längerer Zeit seine Forderungen abgelehnt hatte, und auch die Nebenstelle Baden-Baden des Landgerichts Offenburg seine auf dem Armenweg durchgeführte Klage abgewiesen hat, versucht es Dr. Hein nun durch das Badische Innenministerium, seinen erhobenen Anspruch auf Unterstützung durchzusetzen. Und siehe, hier hat der Dr. Hein mehr Erfolg. Das Innenministerium des Herrn Minister Schüly schreibt an den Stadtrat und unterstützt die „Ansprüche“ des Hein. Es würde uns in diesem Zusammenhang einmal folgendes interessieren und unsere Leser werden gebeten, sich hierzu zu äußern, indem sie uns die nachstehenden Fragen beantworten:

Ist es jemandem bekannt, daß irgendeine höhere Dienststelle des Badischen Innenmi-

nisteriums schon einmal die Ansprüche eines Ausgebombten auf Soforthilfe unterstützt hat, nachdem dieser einen Antrag gestellt hatte und der ihm vom Soforthilfeamt abgelehnt wurde?

Ist es jemandem bekannt, daß irgendeine höhere Dienststelle des Badischen Innenministeriums schon einmal die Ansprüche eines Fürsorgeempfängers unterstützt hat, der mit dem ihm zudiktierten „Existenzminimum“ nicht auskommen konnte, dessen Frau und Kinder in abgerissenen Kleidern herumlaufen und in Löchern, anstatt Wohnungen haus-sen müssen?

Ist es jemandem bekannt, daß sich das Innenministerium schon einmal in ähnlicher Form, wie es dies bei Dr. Hein aus Rastatt tat, einem Kriegsversehrten half, Beschäftigung zu finden, eine höhere Rente zu erhalten, oder sonst eine wirksame Hilfe? Oder kennt jemand einen Flüchtling, dem das Badische Innenministerium mit derselben Hartnäckigkeit zu einer Existenz verhalf, mit der

es die „Ansprüche“ eines Dr. Hein unterstützte?

Wir wissen von keinem solchen Fall, sondern nur von zahllosen Flüchtlingen, Fliegergeschädigten, Rentnern, Opfern des Naziregimes und andern Opfern der Hitterschen Kriegspolitik, die vergeblich um Unterstützung nachsuchten und abgewiesen wurden, ohne etwa bis zu dem nazifreundlichen Minister durchzukommen. Dessen Ablehnung wurde schon durch seine Ministerialräte etc. besorgt.

Herr Schüly braucht sich mit den Armen nicht die Hände schmutzig zu machen, er hat anderes zu tun. Ihm und seinen Ministerkollegen obliegt es, darüber nachzudenken, wie man wohl am besten die verlorene Karre vom Volke aus dem Dreck ziehen lassen kann, und die ehemaligen Nazianfänger einer „totalen“ Kriegführung nun als Anreiter wieder in Amt und Würden bringen kann. Fürsten, Kriegsverbrecher und die Amtsträger des Dritten Reiches dürfen unter der Obhut der Badischen Ministerialbürokratie „Ansprüche“ stellen und nicht immer findet sich ein Stadtratsgremium, das diese Ansprüche ablehnt, nicht immer ein Landgericht, das die Klage der Herren vom Schläge Schacht und Co. zurückweist. Beispiele hierfür gibt es genug.

Es wird Zeit, daß sich die Geschädigten des letzten Krieges und der Herrschaft der Nazimperialisten endlich zusammenfinden und den Herren im Innenministerium die Grundlage entziehen, auf der sie heute noch fast ungestört im Geiste ihrer Amtsvorgänger walten dürfen.

Die vitaminisierte Milch

Die Bezirksstelle Baden des Deutschen Gewerkschaftsbundes teilt mit:

Das „Volk“ hat in seiner Nummer 33 vom 18. 3. 1950 einen Artikel gebracht, in dem es u. a. heißt: „daß auch die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder zur Erlangung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit es begrüßen, daß vitaminisierte Milch, die auch für Mehlspeisen verwendbar ist, von Milch-Großbetrieben hergestellt wird.“

Wir legen Wert darauf, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die Gewerkschaften in Südbaden sich bis jetzt jeder Stellungnahme für oder gegen vitaminisierte Milch enthalten haben. Es wurde wohl in mehreren Besprechungen mit interessierten Kreisen die Frage der Vitaminisierung der Milch durchgesprochen, doch waren sich selbst Gelährte nicht darüber einig, ob die für Baden vorgesehene Vitaminisierung den Erfolg verspricht, den

Die Betriebsrätewahlen beginnen!

Lohnkampf, Sicherung des Arbeitsplatzes und Mitbestimmungsrecht stehen auf der Tagesordnung.

Eine geschlossene, einheitliche Belegschaft wählt

die besten Gewerkschaftler in den Betriebsrat!

man erwartet. Im übrigen haben wir erklärt, und zwar mit Rücksicht auf sehr viele Zuschriften die wir in dieser Frage erhalten haben, daß es der Bevölkerung freigestellt werden muß, ob sie vitaminisierte oder die jetzt zur Verteilung gelangende Milch verwenden will.

In der Bevölkerung wird die Frage aufgeworfen, ob es zulässig ist, einem Nahrungsmittel wie der Milch, irgendein Präparat zuzusetzen. Außerdem wird die Meinung vertreten, daß niemand gezwungen werden kann, eine solche Milch zu erhöhtem Preis abzunehmen. Man vertritt vielmehr die Ansicht, daß, wenn schon vitaminisierte Milch in den Handel gebracht werden soll, diese Milch als Flaschenmilch angeboten wird, um dadurch der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, zwischen vitaminisierter und gewöhnlicher Milch zu wählen.

Aus Bevölkerungskreisen wurde durch ein uns gelangende Zuschriften ferner die Forderung erhoben, daß die Stelle, welche einen Vitaminzusatz genehmigt, auch verpflichtet wäre, die dadurch entstehenden höheren Kosten zu tragen und zwar deshalb, weil der Staat oder die betreffende Stadt erhebliche Mittel einspart, wenn die aufgestellte Behauptung richtig ist, daß durch Vitaminzusatz Rachitis und andere Krankheiten verhindert werden.

Keine Hand für Verladung von Kriegsmaterial

Mannheimer Hafenarbeiter erklären sich mit ihren französischen Kollegen solidarisch — Tragt den Kampf um den Frieden in die Betriebe!

Mannheim. — bül. — Am Dienstagvormittag fand in der Kantine der Schiffswerft eine vom Mannheimer Friedenskomitee veranstaltete Friedensversammlung statt, in der als Redner der erste Vorsitzende des Friedenskomitees, Heinrich Rösinger, Stadtpfarrer Lehmann und Betriebsrat Fritz Weidenhammer (Huber Mühle) einen dringenden Friedensappell an die Hafenarbeiter richteten.

Heinrich Rösinger ging einleitend auf die Aufgaben der Friedenskomitees ein, die sich in den Forderungen nach einem gerechten Friedensvertrag für Deutschland, der Einheit unseres Vaterlandes, dem Verbot der Herstellung von Atomwaffen sowie der geistigen Vorbereitung eines neuen Krieges (darunter fällt auch das Verbot der Herstellung von Kriegsspielzeugen), der Verhinderung der Wiederaufrüstung in allen Ländern und schließlich dem Widerstand gegen das Einstellen von Söldlingen in die Fremdelegationen ausdrücken. Darüber hinaus dürfe, wie der Redner betonte, nicht vergessen werden, daß der wahre Friede nur gesichert sei, wenn die Durchsetzung dieser Forderungen Hand in Hand mit der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung gehe.

Stadtpfarrer Lehmann wies anschließend auf den starken Friedenswillen sämtlicher Völker hin, den es durch ein enges Band der Solidarität, Beseitigung der Kriegsatomspäre und feindlichen Ressentiments unter den Völkern, durch gegenseitiges Verständ-

nis und die Bildung von „Brückenköpfen des Vertrauens“ zu festigen gelte.

Betriebsrat Weidenhammer bemerkte, daß der Krieg von Menschen geführt werden könne. Erfolgreicher Kampf gegen Kriegsvorbereitung verlange gebieterisch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über die Produktion. Nach einem Appell des Redners an alle Eltern und Erzieher sich der Verantwortung ihren Kindern gegenüber bewußt zu sein und ihnen den Krieg in seiner ganzen bestialischen Grausamkeit vor Augen zu halten, verlas Heinrich Rösinger eine einstimmig angenommene Resolution, in der sich die Hafen- und Transportarbeiter Mannheims mit ihren französischen Kollegen und deren Widerstand gegen die Verladung von Kriegsmaterial solidarisch erklärten. In der Resolution heißt es u. a.:

„Die versammelten Hafen- und Transportarbeiter Mannheims geloben ihrerseits, alles einzusetzen, um Kriegsvorbereitungen schon im Keime zu ersticken und sind überzeugt, daß nur ein erstes Ringen um den wahren Frieden zwischen den Völkern, ein gemeinsames Bemühen um eine gerechte Staats- und Wirtschaftsordnung, die Welt vor einer Katastrophe bewahren kann. Alle Friedensfreunde und Friedensorganisationen, ohne Unterschied der Partei und Weltanschauung, werden aufgefordert, ihre Kräfte zur Erhaltung des Friedens in den „Komitees der Kämpfer für den Frieden“ zusammenzufassen.“

Aus dem Parteileben

Freiburg. Am Freitag, 31. März, findet um 20 Uhr in der Vaubanstr. 12 eine erweiterte Stadtvorstands-Sitzung statt, zu der außerdem alle Genossen und Funktionäre eingeladen sind, die in Betrieben schaffen. Zur Vorbereitung dieser wichtigen Sitzung wird die Aufgabe gestellt, aus der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung das Kapitel über die „Einheit der Arbeiterklasse“ sorgfältig zu studieren in Verbindung mit der Rede Togliattis auf der Novembertagung des Infornbüros.

Singen. Mitgliederversammlung Stadtteil II am Freitag, 31. März, um 20 Uhr, bei Gen. Steinmayer, Görresstraße 4 Mitgliederversammlung Stadtteil III am Freitag, 31. März, um 20 Uhr, bei Gen. Schellhammer, Laubenweg 12.

Thema für beide Versammlungen: Ideologische Klärung und Festigung. Fortsetzung.

Rielasingen. Mitgliederversammlung am Freitag, 31. März, um 20 Uhr in der Wirtschaft „Roseneck“. Thema: Ideologisch-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus: Die Mitglieder der Ortsgruppe werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Lörrach. Am Samstag, 1. April 1950, nachmittags 14 Uhr, findet auf dem Kreissekretariat, Feldbergstraße 7, in Lörrach eine wichtige Parteiarbeiter-Konferenz statt.

In Anbetracht der Wichtigkeit bitten wir die Funktionäre der Betriebsgruppen, Betriebsräte, Gemeinderäte, Pol- und Orgleiter aller Parteieinheiten um unbedingtes Erscheinen. Ein Vertreter der Landesleitung wird sprechen.

Waldkirch. Am Samstag, dem 1. April, 20 Uhr findet für die Ortsgruppe Waldkirch und Kolmar, der erste nach der letzten Mitgliederversammlung festgelegte Bildungsabend statt. Als Thema steht „Die Rolle der Partei und ihre Aufgaben in Waldkirch“. Ein Genosse aus Freiburg wird anwesend sein.

Galligen. Mitgliederversammlung Samstag, 1. April, 20 Uhr, in der Wirtschaft „Zum Schwert“. Thema: Ideologisch-politische Festigung. Ref. Max Fecht.

Lahr. Am Samstag, den 1. April, nachmittags 14.30 Uhr, findet in Lahr im Gasthaus „Drei König“ eine Parteiarbeiter-Konferenz statt. Tagesordnung: Unterschriften-sammlung, Neuwahl der Leitungen.

Emmendingen. Am Samstag, den 1. April, findet abends um 8 Uhr, Hebelstr. 1, der nächste Schulungsabend statt. Thema: „Oder — Neisse — Grenze — Friedensgrenze“. Sympathisierende und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Landkreis Bühl. Sonntag, 2. April, 8.30 Uhr, im „Feldschlößchen“ in Achern Kreismitgliederversammlung. Alle Genossen sind eingeladen.

Sipplingen. Am Sonntag, 2. April 1950, nachmittags 14.30 Uhr, findet in Sipplingen, Gasthaus zur Krone, eine öffentliche Versammlung statt. Hierzu laden wir die Bevölkerung von Sipplingen und Umgebung freundlichst ein.

TERMINE DER FDJ

FDJ-Termine
Freiburg. Am kommenden Samstag, 1. April, beginnt um 18 Uhr eine Delegierten-Konferenz der FDJ im Heim der Jugend am Rottecksplatz. Zu der Konferenz sind Jugendliche aus den Freiburger Betrieben, sowie Freunde unserer Organisation herzlich eingeladen. Die Konferenz wird am Sonntagvormittag fortgesetzt.

Freiburg. Am Sonntag, 2. April, findet um 14 Uhr eine Vollversammlung des Landes-ausschusses zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens statt, zu der neben allen Mitgliedern des Ausschusses, der örtlichen und kreislichen Ausschüsse, des Deutschlandtreffens auch Freunde der FDJ sowie Jugendliche eingeladen sind, die Interesse haben, am Deutschlandtreffen teilzunehmen. Die Tagung findet im Heim der Jugend am Rottecksplatz statt und wird gegen 18 Uhr beendet sein.

Bergwacht Freiburg
Freiburg. Am Sonntag, den 2. April sind folgende Stationen der Bergwacht besetzt: Feldberggebiet: Feldberger Hof, Hebelhof, Todtnauer Hütte, Naturfreundehaus am Baldenwegger Buck, Herzogenhorn: Herzogenhorn-gasthaus. Schaulandsgebiet: Hotel Burggraf.

In der darauffolgenden Diskussion wurde nochmals von verschiedenen Rednern der Wille zum Ausdruck gebracht, den Kampf gegen die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial, gegen die Remilitarisierung und Kriegsschetze in alle Bevölkerungskreise und insbesondere in die Mannheimer Betriebe hineinzugetragen.

Abschließend gab Vorsitzender Rösinger bekannt, daß am 29. und 30. April in Stuttgart ein Landesfriedenskongreß stattfindet, zu dem sämtliche Friedenskomitees ihre Delegierten entsenden werden. Die Versammlung nahm hierzu die Wahl zweier Delegierte aus ihrer Mitte vor.

Rösinger verwies ebenfalls auf die vom 9. bis 12. Mai in ganz Westdeutschland stattfindende Unterschriften-sammlung und richtete an die anwesenden Betriebsräte und Arbeiter die Aufforderung, sich jetzt schon zu überlegen, wie diese in den einzelnen Betrieben organisiert werden kann.

Amerikanischer Personenwagen contra Motorrad

Vor der Kaserne in Käferlalt stehen auf der Weinheimer Straße ein amerikanischer Personenkraftwagen und ein Motorrad zusammen. Hierbei wurde ein 16jähriges Mädchen vom Sozius geschleudert und verletzt. Sie wurde von dem amerikanischen Kraftfahrer in das Krankenhaus verbracht, der den Unfall vermutlich auch verschuldet hat, da er seine Fahrtrichtungsänderung beim Einbiegen in die Kaserne nicht anzeigte.

Der Sport am Wochenende

Südliga
Kraftproben für Tübingen und Singen
 Nachdem der Tabellenführer Reutlingen am vergangenen Sonntag die schwere Hürde in Singen gut hinter sich gebracht hat, wird er sich auf eigenem Platz die Punkte von Lahr nicht nehmen lassen, zum Reutlingen eine Vergrößerung seines Vorsprungs vor seinen beiden noch verbliebenen Konkurrenten um die Meisterschaft erhoffen kann. Singen wird in Kuppenheim auf einen Gegner stoßen, der alles daran setzen wird, um seine zweistellige Abfuhr beim Vorspiel durch einen Sieg im Rückspiel wettzumachen. Der Tabellenzweite wird im besten Falle ein Remis erreichen können. Auch Tübingen steht in Offenburg vor einer schweren Aufgabe und wird kaum auf vollen Punktgewinn rechnen können. Beim Freiburger FC ist ein Rückschlag eingetreten und es erscheint fraglich, ob er dabei gegen Rastatt über ein Remis wie im Vorspiel hinauskommen wird. Ebingen liegt schon auf der Lauer, um die Freiburger vom 4. Platz zu verdrängen und wird sich dabei den Sieg über den SC Freiburg nicht nehmen lassen. Auch Konstanz hat Aussicht auf ein Vorrücken im Tabellenstand — falls ihnen auch in Hechingen ein Sieg über den Tabellenletzten gelingt. Villingen hat seinen Gast aus Schweningen bereits auf dessen Platz besiegt und müßte also daheim den Sieg wiederholen können, aber genau so wie im Spiel Friedrichshafen — Trossingen sind die absteigbedrohten Gäste beachtliche Gegner, die schon eine Punkteteilung erzwingen könnten.

Baden-Baden wurde Landesliga-Meister

Südbadische Landesliga
 Der letzte Sonntag im März brachte in der Landesliga Südbaden diesmal keinerlei Überraschungen. Alles verlief normal und die Platzverhältnisse siegten auf der ganzen Linie. Baden-Baden holte sich die letzten Punkte zur Meisterschaft in glänzendem Stil mit einem Rekordsieg von 12:1 über Stockach. Nach hartem Kampf konnte Achern seinen zweiten Platz in der Tabelle durch einen 1:0-Sieg über Lörrach behaupten. Die anderen Vereine aus der oberen Tabellenhälfte fanden bei den Abstiegskandidaten erbitterten Widerstand, sie konnten aber auf eigenem Platz siegreich bleiben. St. Georgen schlug Furtwangen 1:0 und Schopfheim den ASV Freiburg 2:0. Rheinfelden konnte erst nach torreichem, dramatischen Kampf den Tabellenletzten Emmendingen 4:3 besiegen, während Blau-Weiß Freiburg den SV Gutach mit 4:2 überwand. Gottmadingen hat im Spiel gegen die Meister wohl sein Pulver verschossen und unterlag in Ottenau glatt 0:3. An der Tabellenrangordnung hat sich diesmal nichts geändert.

SC Baden-Baden	21 18 2 1	91:18	38
SV Achern	22 11 6 5	50:30	28
ASV St. Georgen	21 12 3 6	45:24	27
SV Schopfheim	22 11 5 6	65:33	27
Rot-Weiß Lörrach	21 10 3 8	39:36	23
Blau-Weiß Freiburg	21 9 4 8	38:39	22
SV Ottenau	21 10 1 10	47:60	21
SV Rheinfelden	22 7 7 8	38:47	21
VfR Stockach	22 6 5 11	52:66	17
ASV Freiburg	22 7 3 12	34:45	17
SV Gottmadingen	21 6 4 11	31:43	16
SV Gutach	22 7 2 13	34:48	16
ASV Furtwangen	20 6 2 12	37:68	14
SV Emmendingen	22 5 3 14	27:64	13

SC Baden-Baden — VfR Stockach 12:1
 Man sollte es kaum glauben, daß Stockach dem Meister im Vorspiel ein Unentschieden abgezweigt hatte. Allerdings war die Gastmannschaft durch Ersatz geschwächt und mußte in der zweiten Halbzeit ohne ihren verletzten Torwart spielen. Zu Anfang sah es nicht nach einem zweistelligen Resultat aus, denn Baden-Baden kam erst nach einer halben Stunde zum ersten Treffer. Beim Stand 3:0 konnte Stockach durch ein Gegenstor das Halbzeitresultat noch recht günstig gestalten. Nach der Pause klapperten die nun mit zehn Mann spielenden Gäste immer mehr zusammen und drei Minuten nach dem letzten und zwölften Tor verließ Baden-Baden als neuer Landesligameister den Kampfplatz.

Blau-Weiß Freiburg — SV Gutach 4:2
 Die Freiburger warteten mit einer ansprechenden Mannschaftsleistung auf und konnten den anfänglich gut mithaltenden Gegner schließlich sicher schlagen. Der Sturm der Freiburger, der weit besser operierte als

Landesliga Südbaden
 Baden-Baden ist am Ziel und kann seine Kräfte für kommende Aufgaben schonen. Der ASV Freiburg geht daher nicht ganz ohne Aussichten in den Kampf gegen den trischgebakenen Meister. Achern und St. Georgen werden daheim gegen Rheinfelden bzw. Gutach gewinnen. Dagegen ist Schopfheim vor einer Revanche in Stockach nicht sicher ebenso wie Blau-Weiß Freiburg in Furtwangen. Lörrach müßte gegen Gottmadingen auch zu beiden Punkten kommen.

Nordwest — Süddeutschland an der Scheibenhantel

Am kommenden Samstag kommt es in Mannheim mit dem Gewichtheber-Vergleichskampf zwischen Nordwestdeutschland und Süddeutschland zu einer der größten kraftsportlichen Ereignisse nach dem Kriege. Die Kraftsportvereine 1884 Mannheim richtet diesen Kampf an der Scheibenhantel am Samstagabend, um 19.30 Uhr, in ihrer KSV-Sporthalle, hinter der Uhlenschule aus. Die nordwestdeutsche Mannschaft ist bis auf eine Ausnahme die Mannschaft des fünffachen deutschen Mannschaftsmeisters AV 1888 Essen, verstärkt durch den Lübecker Halbschwergewichtsmeister Clausen. Die süddeutsche Mannschaft setzt sich vom Bantamgewicht aufwärts aus nachfolgenden Hebern zusammen: Sauerbeck (Fellbach), Wagner (Fellbach), Weil (Kostheim), Mast (München), Scheibe (Marburg) und Aldering (Fellbach). In dieser Veranstaltung nehmen nicht weniger als sieben ehemalige deutsche Meister, Olympiasieger — sowie Teilnehmer und Weltrekordmänner teil.

der des Gegners, entschied den Kampf, während die Hintermannschaften einander ziemlich ebenbürtig waren. Die Freiburger ließen sich durch das von Gutach bereits in der 3. Minute erzielte Führungstor nicht aus dem Konzept bringen. Sie gingen 10 Minuten später aus und gingen noch vor der Pause in Führung. Bald nach Seitenwechsel erhöhte Kotterer für Freiburg auf 3:1, aber die Gäste kamen nochmals auf 3:2 heran. Ihre Anstrengungen um den Ausgleich wurden dann aber eine Viertelstunde vor Schluß durch ein viertes Tor von Kotterer endgültig vereitelt.

SV Achern — Rot-Weiß Lörrach 1:0

Ogleich Achern während des größten Teils der Spielzeit das Heft in der Hand hatte, gelang es den Gästen durch aufmerksames und aufopferndes Deckungsspiel die Entscheidung lange hinauszuzögern und ein höheres Resultat, das Acherns Überlegenheit mehr entsprochen hätte, zu verhielten. Das einzige Tor fiel eine halbe Stunde vor Schluß durch einen Alleingang von Papp.

SV Ottenau — SV Gottmadingen 3:0

Die Gäste lieferten in der ersten Halbzeit eine recht gute Partie, verpaßten aber mehrere günstige Gelegenheiten. Ottenau kam zu seinem Führungstor während der letzten 5 Minuten der ersten Halbzeit, die der Schiedsrichter nachspielen lassen mußte, weil er zu früh abgepfiffen hatte. Es war ein verwandelter Foul-Elfmeter. Gleich nach dem Seitenwechsel erhöhte Ottenau den Vorsprung auf 2:0 und kurz vor Schluß schoß der Halblinke das dritte Tor.

Mannschaftsringen

Blau-Weiß II — Appenweiler 6:2
 Im Fliegengewicht siegte Billich (BW) über Hoffmann (A) durch Schulterschwingung in der 8. Minute. — Im Bantamgewicht hatte Bilz (BW) einen schweren Stand gegen Flötzer (A). Erst in der 12. Minute gelang es Bilz seinen Gegner durch Doppelnelson zu besiegen. — Im Federgewicht brachte Dold (BW) durch Hüftschwung in einer halben Minute seinen Gegner Wiederm auf die Schultern. — Im Leichtgewicht gewann Spring (A) in 9,5 Minuten durch Abfangen eines Armzuges am Boden. — Im Weltengewicht siegte Wehrle (BW) durch einen schnellen Hüftschwung über Töll (A) nach 2 Minuten. — Dold (B) siegte nach 1,5 Minuten im Mittelgewicht durch Armzug über Hetti (A). — Zu dem schnellsten Sieg kam Hodapp (BW) im Halbschwergewicht über Siedler (A) durch Schleudergreif in einer halben Minute. — Der zweite Sieg für Appenweiler fiel im Schwergewicht, den Töll (A) über Dalger (BW) durch Eindrücken der Brücke für sich entschied. — Kampfleiter Binz (ASV Freiburg) war gut.

„Wir fahren nach Leipzig...“

Mannheimer Straßenbahner studierten die Arbeitsverhältnisse ihrer Kollegen in der DDR

Mannheim. Wenn Straßenbahner eine andere Stadt aufsuchen, interessieren sie sich natürlich auch für die Arbeitsverhältnisse ihrer Kollegen. Der erste Eindruck unseres Besuches nun in Leipzig war der, daß zwischen Fahrgästen und Personal in den Wagen ein gutes Einvernehmen herrscht.

Wie aber steht es nun mit den Dienstverordnungen für das Personal, wer erläßt sie? Wer macht die Fahrpläne und vor allen Dingen: Wer bestimmt den Lohn?

„Das machen alles wir“, antworteten uns die Leipziger Kollegen. In dem Artikel 17 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik heißt es: Die Arbeiter und Angestellten sind an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte gleichberechtigt mit den Unternehmern beteiligt. Die Arbeiter und Angestellten nehmen diese Rechte durch Gewerkschaften und Betriebsräte wahr. (Betriebsgewerkschaftsleitung — BGL).

Ist nun dieses Kernstück unserer Gewerkschaftsforderungen in der DDR auch Wirklichkeit geworden? Um uns Gewißheit zu verschaffen, gingen wir in die Verwaltung, in die Werkstätten und Bahnhöfe, ließen uns die Verfügungen zeigen und hörten die Arbeiter selbst an. Bald standen wir vor den verantwortlichen Kollegen, die den Betrieb in Händen haben.

Wie ist eure Zusammenarbeit mit der Direktion, mit dem Personal- und Fahrdienstbüro, wie ist der Aufbau des Betriebes? so lauteten unsere Fragen. Die Antwort darauf lautete: „Es gibt bei uns keine Direktion mehr. Auf der Grundlage der Gleichberechtigung wurde eine Werksleitung und eine Betriebsgewerkschaftsleitung geschaffen. Beide haben gleiche Rechte und Pflichten. Alle Verfügungen und Bekanntmachungen der Werksleitung müssen durch die BGL gegengezeichnet sein, sonst haben sie keine Rechtskraft. Die Zahl der demokratisch gewählten Mitglieder der BGL richtet sich nach der Größe des Betriebes.“

Die Leipziger Straßenbahn beschäftigt beispielsweise 5400 Menschen, davon sind 1000 Mann technisches Personal, 4000 Mann sind Fahrdienstleute, 250 Mann Verwaltungspersonal und 150 Lehrlinge. Das ergibt nun 13 Mitglieder der BGL im Hauptauschuß, die alljährlich gewählt werden. Darüber hinaus haben auch die Bahnhöfe und Werksabteilungen ihre Vertreter. Diese 13 Kollegen teilen sich in die Hauptfunktionen und sind der Belegschaft voll verantwortlich. Es gibt innerhalb der BGL viele Funktionen: Kulturarbeit, Sozialarbeit, Gesundheitswesen (Unfallschutz), Sport-, Kantinen- und Verpflegungsfragen, eine Lohnkommission, eine Abteilung für Personalfragen und Erholungsheime sowie auch einen Beschwerdedienst für die Fahrgäste.

Der erste Vorsitzende der BGL, Nahverkehr

Leipzig, gab uns einen Ueberblick über die Probleme des Betriebes. Aus der Zerreißen Deutschlands und der Behinderung des Warenverkehrs erwachsen für die Leipziger Straßenbahn technische Schwierigkeiten. Durch das Stahl embargo der westlichen Alliierten liefern die Walzwerke des Ruhrgebietes keine Rillenschienen und Bandagen mehr. Nur Fachleute können ermessen, was das bedeutet. Stahlgußbandagen und Vierkantstahl mit elektrischer Stumpfschweißung sind die Auswege, die man notgedrungen beschreiten mußte. Dieser Zustand wird sich jedoch bald ändern. Mit der Vollendung des Walzwerkes Gröditz wird dieser Engpaß überwunden werden.

Gegenwärtig werden Vorbereitungen getroffen, einen Betriebsvertrag zwischen Belegschaft und Werksleitung abzuschließen, der eine Reihe von Verpflichtungen beider Seiten mit sich bringt. Das Ziel hierbei ist, den Wirtschaftspläne zu erfüllen, sogar ihn überzufüllen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Selbstkosten der Produktion zu senken. Werksleitung und Belegschaft tragen gemeinsam die Verpflichtung, durch ihre Arbeit das Volkseigentum zu schützen und zu entwickeln. Das waren neue Gedankengänge und eine neue Sprache, der wir noch fremd gegenüberstanden. Es dämmerte uns langsam, daß hier eine neue Welt aufgebaut wird.

Von äußerstem Interesse war eine Arbeitsgemeinschaftstagung des Nahverkehrs Sachsen-Thüringen, der wir beiwohnten. Auf der Tagesordnung stand die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke des Einkaufs

der Nahverkehrsbetriebe. Die Vertreter der einzelnen Städte der Länder verteidigten geschickt mit Umsicht und Sachkenntnis ihre kommunalen Interessen. Der Regierungsvertreter, ein ehemaliger Straßenbahner aus Dresden, mußte manche Kritik im Zusammenhang mit den Preisüberwachungsvorschriften der Fahrtarife einstecken.

Auch hier bei dieser Tagung konnte man erneut feststellen, daß in den höchsten Regierestellen Arbeiter sitzen. Jeder hat nach seinen Fähigkeiten in der DDR Entwicklungsmöglichkeiten, die bei uns im „Goldenen Westen“ allein vom Geldbeutel abhängig sind.

Es mangelt in der Deutschen Demokratischen Republik an männlichen Arbeitskräften, da im Zuge des Zweijährigen 250 000 neue Facharbeiterstellen besetzt werden müssen. Es überraschte uns deshalb nicht, bei der Straßenbahn Wagenführerinnen anzutreffen, neben den vielen Frauen im Straßenbild, die als Briefträgerinnen und Verkehrspolizisten fungieren. Es wurde uns in diesem Zusammenhang auch verständlich, warum auf der Messe riesige Transparente zu sehen waren, die um Arbeitskräfte warben.

Man vergesse nicht, daß hier die Zweieinhalb-Millionen-Erwerbslosenziffer in Westdeutschland! Der Artikel 15 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in dem es heißt: Jeder Bürger hat ein Recht auf Arbeit. Es ist Aufgabe der Republik, durch Wirtschaftlenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt zu sichern — ist bereits lebendige Wirklichkeit.

Aus der Arbeit der Gewerkschaften

Generalversammlung der Gewerkschaft „Öffentlicher Dienst“

Rastatt, (Volkskorp.). Im überfüllten Ankersaal konnte der Vorsitzende, Koll. Geiges, neben den bisherigen Mitgliedern des Bezirkssekretärs Benzlerath, Offenburg, und Gesch.-Vorsitzenden Wehrle vom DGB-Kreisausschuß Rastatt, und die zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen der verschiedenen Behörden begrüßen die von der DAG in diese Gewerkschaft übergetreten sind.

Kollege Benzlerath sprach über die Aufgaben dieser Gewerkschaft, deren Verwaltungsstellen sich aus Vertretern der einzelnen Berufssparten zusammensetzen. Kollege Wehrle schilderte den Aufbau des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der sich aus 16 Industrie- und Gewerkschaften zusammensetzt und über 5 Millionen Mitglieder zählt. Zur Neuwahl des Vorstandes war geheime Abstimmung erforderlich, da fast durchweg mehrere Vorschläge eingebracht wurden. Mit Stimmenmehrheit wurden gewählt:

1. Vors. Geiges Karl, Stellvert. Günther Wilhelm, Kassier Fischer Paul, Schriftf. Thom

Fritz, Kassenrevisor Kuntzel Walter und Merkel Alfred, Jugendleiter Santo Bernhard.

Delegierte zum DGB-Kreisausschuß Rastatt wurden Geiges Karl und Hund Bernhard. Am Schluß der kameradschaftlich verlaufenen Versammlung dankte Kollege Geiges im Namen des neuen Vorstandes für das Vertrauen und bat die Anwesenden, auch weiterhin treu zu ihrer Gewerkschaft zu stehen.

180 Zentner Stroh auf fahrendem Güterzug verbrannt

Lahr/Baden. (Iwb) Durch Funkenflug der Lokomotive geriet am Dienstmittwoch auf der Strecke Meißenheim — Ichenheim ein mit Stroh beladener Waggon eines fahrenden Zuges der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft in Brand.

Da der Zug auf freier Strecke halten mußte, konnte die Feuerwehre den Brand wegen Wassermangels erst nach 2 1/2 Stunden löschen. 180 Zentner Stroh verbrannten. Der Waggon wurde schwer beschädigt.

Gasino-Kabarett
 Ab morgen Samstag, jeweils 20.30 Uhr
 Kurzes Gastspiel des großen badischen Komikers
ADI WALZ
 (gen. „Kasibiberle“)
 mit Ensemble, Artistik, Gesang, Tanz u. v. a.
Lachen am laufenden Band!
 Nach der Vorstellung: **Tanz für Alle.**
 Eintrittspreise 1.—, 1.50, 2.—

Zum Osterfest
 empfehle ich meine
Kaffee-Fest-Mischung
 meine reichhaltige Auswahl in
 Schokolade-Geschenk-Artikeln
Schokoladenhaus
Adolf Leppert
 Bühl, Hauptstraße

Kauf niemals einfach „Bohnerwachs“

Kauf immer nur Seifix!
 UND DER PREIS? AUCH NUR 1,25 DM

Praktische Ostergeschenke
 preisgünstig in reicher Auswahl
Mode- und Aussteuerhaus - Bekleidung
CHR. SANWALD
 Kehl, beim Rathaus • Rheinbischofsheim, Hauptstraße 24

Zentral-Theater
 Emmendingen
 Freitag bis Montag
 Paul Hörbiger-Alida Valli
Der dritte Mann
 Dienstag bis Sonntag
Der Tiger von Eschnapur
 Karfreitag 20 Uhr Vorstellung
 Ostermontag bis Donnerstag
Das indische Grabmal
 Ostermontag Vorstell. wie Sonntag

Off hängt Ihr Leben an einem Faden drummit' ich Sie mich einzuladen!
 Ihren Helfer in allen Versicherungsfragen
EUGEN BINDER
 Allg. Volkskassen- u. Volkskrankenkasse, Nürnberg, V. V. a. G.
 LORRACH/Baden, Spitalstr. 38

AUF TONENDER LEINWAND ZEIGEN:

Harmonie-Lichtspiele
 Freitag, 31. März bis Montag, 3. April
 Ein Film, auf den jeder wartet!
 Irene v. Meyendorff — Hans Söhner — Grèthe Weiser — Viktor Staal — Gustav Knuth — Bobby Todd — Ursula Herking
1x1 der Ehe
 Eheprobleme - mit Humor gelöst!
 Ein heiterer, spannender, mit Witz und Musik erfüllter Film von Rudolf Jugert.
 Jugendfrei
 Neue Wochenschau: „Blick in die Welt“
 Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00
 Sonntag auch vorm. 19 Uhr.
 Vorverkauf tägl. von 10-12 Uhr.

Kandelhof
 Kandelstr., Ecke Rennweg, Ruf 2480
 Von Freitag, 31. 3. bis Donnerstag, 6. 4. 1950.
 Die erschütternde Tragödie eines tapferen und starken Frauenherzens

Bette Davis in OPFER einer großen LIEBE
 (DARK VICTORY)
 REGIE: EDWARD GUBRIN
 Ein modernes Gesellschaftsdrama um ein überaus fesselndes und interessantes Thema. Einer der erschütterndsten Frauenfilme unserer Zeit.
 Vorher: Neue Wochenschau
 Anfangszeiten tägl.: 14.30, 16.30, 18.45 und 20.45.

Union-Theater
 Ab Freitag, 31. März bis Donnerstag, 6. April 1950
 Ein großartiges Filmwerk aus Schweden, über das Thema:
 „Darf ein Mädchen in der Ehe ihr Vorleben verschweigen?“
 Ein interessantes Sittenbild aus dem modernen Stockholm.
Viveca Lindfors
 die weitberühmte Schwedin in
Anna Lans
 Verführung der Großstadt, Verlockung des leichten Lebens — das packende und ergregende Lebensdrama der großen Liebe eines vielbegährten Bauernmädchens in der Fremde.
 Fox tonende Wochenschau
 Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00.
 Kasseneröffnung täglich ab 13.30.

Zentral-Theater Schiffstraße 9
 Verlängert der großen Nachfrage wegen!

WALT DISNEY'S
Schneewittchen
 und die sieben Zwerge
 (SNOW WHITE AND THE SEVEN DWARFS)
 IN DEUTSCHER SPRACHE
 Anfangszeiten:
 Zentral: Tägl. 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr

Friedrichsbau
 Von Freitag, 31. März bis Donnerstag, 6. April 1950.
 Der große Sittenfilm:
 Ein einmaliges Filmwerk über das heikle Thema der Sexualfrage unserer Zeit.
Straße der Veclorenen
 der Film behandelt das Schicksal zweier junger Menschen unserer Tage, die mit großen Hoffnungen auf ihre Zukunft in die Weltstadt Stockholm kommen und dort Gefahren an Leib und Seele unter starker Belastung ausgesetzt sind.
 Ein Sittenbild, aufklärend und warnend zugleich
 das getreue Spiegelbild eines Geschehens, das sich in allen Großstädten der Welt, zu allen Zeiten abgespielt hat und abspielt, jedoch meistens totgeschwiegen wird.
 Anfangszeiten: Freitag, Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag je 14.30, 16.30, 18.30; Samstag: 14.00, 16.30; Sonntag: 10.30 u. 18.30; Montag: 14.30, 16.30, 18.30, 20.45 Uhr.
 Jugendverbot!

CASINO
 Ab Freitag, 31. März 1950:
 Ein künstlerisches Ereignis
 Karin Hardt, Hilde Körber, Viktor Staal, Karl Kuhlmann, Albert Florath
 in dem neuen deutschen Großfilm

Via Mala
 Nach dem Roman von J. Knittel, inmitten einer gewaltigen Berglandschaft rollt ein Geschehen voller Leidenschaft und Tragik ab, in dessen Mitte der geheimnisvolle Tod des Sigmüllers Lauret steht.
 Millionen lesen das Buch! Millionen sehen den Film!
 Im Beiprogramm:
 Das dramatische Endspiel im Stuttgarter Neckarstadion:
Bayern schlägt Südwest 2:0
 Fox-Wochenschau
 Freikarten Samstag und Sonntag ungültig!
 Täglich 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr; sonntags auch vorm. 19 Uhr.